

Nur bis 13 Uhr

sind am Sonntag in Vorarlberg die Wahllokale für die Nationalratswahl geöffnet. In den anderen Bundesländern können die Wähler ihre Stimme teils von 6 bis 17 Uhr abgeben. In einigen Landeshauptstädten schließen die Wahllokale schon um 16 Uhr. Insgesamt gibt es 10.180 Wahllokale.

Bis zu 1,354 Millionen Zuschauer

sahen am Donnerstagabend im ORF die sogenannte Elefantenrunde, also die Diskussion der Spitzenkandidaten kurz vor den Nationalratswahlen am Sonntag. Der Marktanteil: 39 Prozent. Damit handelte es sich laut ORF um die meistgesehene Wahl-2019-Sendung im österreichischen Fernsehen.

BLICK NACH BAYERN

Sehnsucht nach dem Früher

MÜNCHEN: Der Charme der „Oiden Wiesn“



von Florian Stumfall

Das Oktoberfest in München ist erst halb vorbei, daher gibt es noch keine Bilanz, keinen Nachgesang oder Abschied. Aber einen Eindruck hat man schon vom Geschehen, und der ist wenig überraschend. Denn viele Menschen mit viel Bier, Steckerlfisch und Ochs am Spieß, dazu laute Fahrgeschäfte und nicht minder laute, auf den Tischen tanzende Gäste - das ist eigentlich wie immer. Dem unterwerfen sich jedes Jahr auch Mitglieder der Bayern-Südtirol-Gesellschaft von diesseits und jenseits des Brenner, die dabei der Einladung einer großen Münchner Brauerei folgen. In so einem Fall hat man immerhin seinen Platz garantiert. Ansonsten entzieht man sich, so gut es geht, dem Trubel, denn die Gesellschaft gehört trotz teils prominenter Besetzung zu den Unauffälligen, während der Wiesn und auch sonst. Für das Wiesn-TV und die Boulevard-Blätter wäre das auch nichts. Die teilen der Welt mit, wer an Fußballern, Schauspielern, Party-Löwen und Politikern mit wem wo was trinkt und möglichst auch, zu welchen Einsichten man dort kommt. Bitteschön, sagt da einer, der es lieber gemütlich hat und die Wiesn vielleicht mit dem ruhigeren und kleinteiligen Herbstfest in Rosenheim vergleicht, das immer 3 Wochen eher stattfindet, man muss ja nicht hingehen, wenn es einem nicht passt. Das ist richtig. Aber auch hier bietet sich, wenigstens alle 2 Jahre, eine Lösung an. Abwechselnd mit der ebenfalls in 2-jährigem Abstand und ebenfalls am Rande der Theresienwiese stattfindenden Landwirtschaftsausstellung gibt es während des Oktoberfests die „Oide



Ruhiger und gemütlicher: Die „Oide Wiesn“ in München.

Wiesn“; also die „alte“, die freilich jünger ist als die eigentliche und ihren Namen daher bezieht, dass es dort zugeht wie früher einmal. Das beginnt damit, dass die Fahrgeschäfte das Motto vom „höher, schneller, lauter“ ablehnen und ein Vergnügen bieten, für das man nicht die Konstitution eines Leistungssportlers braucht. Auch die Geräuschkulisse ist keineswegs rekordverdächtig und auch auf längere Zeit zu ertragen. Das gilt auch für die Blasmusik in den beiden Zelten, die nicht nur stiller, sondern auch kleiner sind als die draußen. Dafür wird das Bier im traditionellen Keiferloher, dem Steinkrug, serviert, und es ist, obwohl man nicht durch den Krug schauen kann, besser eingesehen als die Glaskrüge der offiziellen Wiesn. Kurzum - hier ist das Bleiben für alle, die auch auf dem Oktoberfest ihre Sehnsucht nach der alten Zeit pflegen. So scheiden sich halt die Welten auf der Theresienwiese - die eine, die so globalisiert und hektisch ist wie in anderen Bereichen auch, und die „oide“, an der man erkennen kann, wie das Oktoberfest einst gewesen war, bevor sein Erfolg zum Problem geworden ist.

Wahlk(r)ampf total

ÖSTERREICH: So inhaltsleer und so garstig ging es noch selten in eine Nationalratswahl

VON ANDREAS SCHWARZ

WIEN (scr). „Ich liebe Ihre Arroganz“ - dieser Satz Pamela Rendi-Wagners an Sebastian Kurz wird hängen bleiben. Stellvertretend für das, was sich in diesem Wahlkampf zgetragen hat.

Die schwer in den Umfrage-Seilen hängende SPÖ-Chefin sprach den Satz mit all dem ihr zur Verfügung stehenden Gift zum Ex-Kanzler, der mit ziemlicher Sicherheit wieder Kanzler werden wird, in einer der direkten Konfrontationen. Kurz hatte der Sozialdemokratin Unwissenheit in Sachen Migrations-Politik in der EU vorgeworfen - „ich war dabei, als das verhandelt wurde“, im Gegensatz zur SPÖ-Chefin, sagte er. Die Kommentatoren in Österreich sind sich einig: Der Wahlkampf zur vorgezogenen Parlamentswahl am Sonntag war der inhaltloseste, den die Republik je erlebt hat. Trotz der gefühlten 725 TV-Duelle, Elefantenrunden und Kandidateninterviews im öffentlichen TV und bei Privatsendern und im Zeitungs-TV. Dafür aber war er über weite Strecken einer der angriffigsten und in den Methoden tiefsten Wahlkämpfe. Das liegt auch an der Entstehungsgeschichte der letzten Regierung und ihres Scheiterns - ohne beidem ist auch das viele Gift nicht zu verstehen. Der Jungstar der ÖVP „stahl“ der SPÖ in deren Verständnis das ihr fast schon wie eine Erbpacht zustehende Kanzleramt: 2017, da waren SPÖ und ÖVP noch in einer großen Koalition, brach Kurz als frischgebackener ÖVP-Chef Neuwahlen vom Zaun. Und siegte grausam deutlich gegen Christian Kern, den die SPÖ erst ein Jahr zuvor als Hoffnungsträger auf lange Zeit auf den Schild gehoben hatte. Nicht nur das: Kurz bildete mit der FPÖ des Heinz-Christian Strache eine türkis-blaue Regierung. Das verübten die SPÖ



Sebastian Kurz geht mit seiner ÖVP als haushoher Favorit in die Nationalratswahl am Sonntag.

APA/afp

und Kern-Nachfolgerin Rendi Wagner dem Jungkanzler auf ewig. Umso größer deren Schadenfreude, als die ÖVP/FPÖ-Koalition über das Ibiza-Video stolperte.

Für oder gegen Kurz, es gibt nur diese Alternative

Die Koalition war tot, und den Kanzler, der bis zu Neuwahlen ein Übergangskabinetten leiten wollte, schickte eine wilde freie Koalition im Parlament per Misstrauensantrag in Zwangsurlaub. Dennoch, und das setzte dem Groll der politischen Gegner die Krone auf: Sebastian Kurz und seine ÖVP schießen in Umfragen seither in lichte Höhen, 35 Prozent mindestens (4 Prozentpunkte mehr als 2017) werden ihm prognostiziert. Seither hat der Wahlkampf, welches Thema immer vordergründig besprochen wird, nur einen Untertitel: Für oder gegen Kurz, es gibt nur diese Alternative. In diesem Kontext sind dann auch „Enthüllungen“ und tatsächliche Ungeschicklichkeiten/ Peinlichkeiten zu sehen - vor allem auf Seiten der ÖVP. Dass ein Mitarbeiter des Kanzler-

amts in irgendeiner Privatfirma Akten schreddern ließ, war zwar nicht gegen das Gesetz, aber was wollte er verbergen? Dass ins Computersystem der ÖVP eingebrochen wurde und teils verfälschte Daten über Parteispenden und Anderes an die Medien gespielt wurde, weist indes auf ein gerüttelt Maß an krimineller Energie im Wahlkampf hin.

In diesem Klima bemühte sich die FPÖ, wieder in die Gänge zu kommen - mit dem neuen Parteichef Norbert Hofer für die gemäßigten Wähler und einem rechts-populistischen Kettenhund Herbert Kickl für die Jetzt-erst-recht-Partie. Und mit der Ansage, wieder regieren zu wollen - einmal an den Töpfen der Macht, trennt man sich ungerne davon. Blöd nur: Diese Woche kam auch noch ein aberwitziger Spesenskandal ihres Ex Strache dazwischen.

Und was war mit Inhalten?

Die SPÖ wiederum zeigte sich zerrissen in ihrem Ingrim gegen Kurz (siehe oben); und im Wissen, dass dieser einen Koalitionspartner braucht, wenn er mit der FPÖ nicht mehr möchte. Also

bot man sich einerseits an (was soll man auch tun, wenn man in Umfragen bei mauen 22 Prozent grundelt), andererseits attackierte man niemanden so heftig wie Sebastian Kurz. Und Inhalte? Die SPÖ will ein bisschen Vermögenssteuer und ein bisschen mehr soziale Wärme, aber was genau, erfuhr der Wähler kaum. Die FPÖ will Österreich vor der islamischen Überfremdung schützen, okay, das kennt man. Die Grünen wollen wieder ins Parlament, aus dem sie das letzte Mal rausflogen, die Umwelt retten und dabei erster sein, weil das ohnehin alle anderen auch wollen. Und Sebastian Kurz? Will den bisherigen Regierungskurs fortsetzen, mit oder ohne FPÖ, jedenfalls eine „ordentliche Mitte-Rechts-Politik“ machen. Wie sich das ausgehen wird nach der Wahl, wird sich zeigen - mathematisch geht ja nur eine Koalition mit der SPÖ, eine mit der FPÖ oder eine mit den Grünen und den Neos (dem sehr ÖVP-kritischen ÖVP-Absprengsel von einst). Und vielleicht kommt nach der Wahl ja auch Inhalt in die Politik. Im Wahlkampf gab's keinen.

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Minority SafePack am Ziel?

LUXEMBURG: Gerichtshof stützt Bürgerinitiative zum Europäischen Minderheitenschutz

Wer die Geschichte des „Minority SafePack“ mitverfolgt hat wird den Eindruck nicht los, dass es sich um einen nicht enden wollenden Hindernislauf handelt. Zur Erinnerung: Das so genannte „Minority SafePack“ ist eine Europäische Bürgerinitiative, die ein „europäisches Paket“ zur Einführung von EU-Maßnahmen zugunsten nationaler Minderheiten vorschlägt. Mitte dieser Woche hat das EU-Gericht zumindest unter eine Frage einen Schlussstrich gezogen: Die Richter bestätigten, dass die Registrierung dieser Initiative rechtens war. Keineswegs liegen die Forderungen der Bürgerinitiative - wie von der Klägerin, der Regierung Rumäniens, behauptet - offenkundig außerhalb der Gesetzgebungszuständigkeit der EU.

Zurück ins Jahr 2013: Die Bürgerinitiative war mit Unterstützung aus Südtirol (auf unterschiedlichen Ebenen) entstanden und wurde unter Federführung der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEEN) vorbereitet. Die Initiative for-



In Südtirol wurden 80.739 Unterschriften gesammelt.

DLife/LO

dert die EU-Kommission auf, eine Reihe von europarechtliche Maßnahmen zu erlassen, die die Vielfalt in Europa fördern und Personen die nationalen Minderheiten angehören zugutekommen. Die Initiative wurde im Juli 2013 von einem Bürgerausschuss (dem auch Altlandeshauptmann (dem auch Altlandeshauptmann Durwalder angehört) in Brüssel eingebracht. Im September jedoch lehnte die EU-Kommission die Registrierung ab. Und zwar

mit der Ansicht, die Initiative falle ganz offensichtlich nicht in den Kompetenzbereich der EU-Kommission. Unter beträchtlichen finanziellen und juristischen Risiken entschieden sich die Organisatoren, diese allzu lapidare Entscheidung gerichtlich anzufechten. Sie behielten in ihrer Überzeugung recht: Im Februar 2017 erklärte das EU-Gericht, dass die Kommission gegen ihre Pflicht verstoßen habe, ihre Ver-

weigerungshaltung ordentlich zu begründen. Die Initiative wurde im März 2017 endlich registriert und das Sammeln der Stimmen konnte in ganz Europa beginnen. Mit über 1.100.000 Unterschriften wurde die Initiative zu einer der 3 erfolgreichsten EU-Bürgerinitiativen. Doch über diesen Erfolg schwebte ein Damokles-Schwert.

Bereits 2017 hatte nämlich Rumänien eine Klage gegen die Registrierung der Initiative eingebracht. Rumänien behauptet, dass das Ansinnen der Initiative offensichtlich außerhalb des Rahmens der EU-Befugnisse läge. Auch führte Rumänien die These ins Feld, dass sich die EU mit der Duldung dieser Initiative quasi eine allgemeine Zuständigkeit im Minderheitenschutz erschleiche. Mit all diesen Thesen und Zweifeln hat nun diese Woche das EU-Gericht aufgeräumt und erklärt, dass das Minority SafePack eine gänzlich rechtmäßige Bürgerinitiative ist. Dies ist freilich keine Garantie dafür, dass die EU-Kommission den Forderungen nun Taten folgen lässt. © Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„D“: **Ging es denn in dem Urteil um Recht oder um Politik?** Toggenburg: Es ging um detaillierte Rechtsfragen. Jene, die die Maßnahmen des SafePacks ausarbeiten, sollten das Urteil gut lesen. Es bietet Leitlinien, und man spürt beim Lesen den politischen Hintergrund.

„D“: **Inwiefern?**

Toggenburg: Zum Beispiel ist Ungarn auf Seite der Kommission dem Streit beigetreten, und die Slowakei wollte Rumänien zur Hilfe eilen. Ungarn möchte europarechtliche Möglichkeiten für seine Minderheiten im Ausland schaffen. Die Nachbarstaaten weniger.

„D“: **Ist es ein Problem, dass ein Großteil der Unterschriften von Ungarn stammen?**

Toggenburg: Das ist sicher kein Vorteil. Wenn das Minority SafePack nun als ungarische Initiative wahrgenommen wird, dann wäre das nicht ideal. So haben die Initiatoren die Initiative nie gesehen.

„D“: **Und zum Zweiten?**

Toggenburg: Zum Zweiten bildet das Urteil einen gewissen juristischen Rückenwind für die rein politische Frage, was die EU-Kommission mit den 9 Forderungen des Minority SafePack nun machen wird.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz